



Kiel, 12. November 2009

Sperrfrist: 13.11.2009, 10.00 Uhr

Pressemitteilung zum Schulbericht 2009

**Der Präsident des Landesrechnungshofs, Dr. Aloys Altmann,
zur heutigen Veröffentlichung des Schulberichts:**

„Die reformierte Schullandschaft ist weder wirtschaftlich noch zukunftsfähig. Eine Planung oder Koordinierung durch das Bildungsministerium hat kaum stattgefunden.

Haupt- und Realschulen sind nicht konsequent zu Regional- oder Gemeinschaftsschulen zusammengeführt, stattdessen ist das Bildungsangebot an zahlreichen Standorten erweitert worden. Aufgrund des Schülerrückgangs führt dies zu einem ruinösen Wettbewerb um Schülerinnen und Schüler.

Die Landesregierung steht vor der Aufgabe, die eingeleitete Schulreform konsequent zu Ende zu führen. Stillstand oder Rückschritt, wie etwa die Wiedereinführung der Realschulen, kosten das Land zusätzliches Geld und schwächen die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems.

Bis 2020 können 4.200 Lehrerstellen bzw. jährlich 261 Mio. € eingespart werden. Das ist unerlässlich für die Haushaltssanierung und schafft Spielräume für die Finanzierung neuer Aufgaben wie der Schulsozialarbeit.

Wenn Regierung und Parlament hier nicht unverzüglich handeln, wird Schleswig-Holstein in eine extreme Haushaltsnotlage geraten. Die Fähigkeit des Landes zur Erfüllung seiner verfassungsrechtlich zugewiesenen Aufgaben würde infrage gestellt.“

Handlungsfelder für die 17. Legislaturperiode:

Schulentwicklung konsequent zu Ende führen (Tz. 8)

Das entstandene Schulsystem kostet mehr als vorgesehen. Erhebliche Teile des Demografiegewinns durch zurückgehende Schülerzahlen versickern in der unwirtschaftlichen Schulstruktur - und zwar ohne jeden pädagogischen Mehrwert.

Die Mindestgröße von 80 Schülerinnen und Schülern an Grundschulen reicht für eine Ressourcen sparende Schulentwicklungsplanung nicht aus. Die Bildung von Außenstellen ist unwirtschaftlich und grundsätzlich nicht erforderlich.

Die Schulreform hat das bisherige dreigliedrige System gestrafft und damit Voraussetzungen für eine effizientere Schule geschaffen. Die Umsetzung erfolgt aber nicht konsequent genug. Es entstehen Parallelstrukturen mit einem ruinösen Wettbewerb um zurückgehende Schülerzahlen.

Das Nebeneinander von Regionalschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien ist unwirtschaftlich und erweitert das Schulangebot an vielen Standorten um ein oder zwei Bildungsgänge. Die in der vergangenen Legislaturperiode versäumte konsequente Zusammenführung der Schulen hat bereits zu einem Mehrbedarf von 650 Stellen geführt.

Der Koalitionsvertrag sieht eine weitere Zerstückelung der Schullandschaft vor. Den Schulen wird vor Ort eine größere organisatorische Freiheit eingeräumt. Realschulen sollen als Angebotsschule fortbestehen. Mittelfristig ist die Bildung der Schulart „Regional- und Gemeinschaftsschule“ mit mehr Eigenverantwortung geplant. Die Gymnasien sollen zwischen G 8, G 9 oder einer Mischform wählen können. Schließlich soll es Hochbegabtenklassen geben.

Eine konsequent wirtschaftliche Lösung ist die Schaffung einer Schule für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und die Bildung von Oberstufenzentren. Zumindest sollte es neben dem Gymnasium nur eine weitere Schulform geben.

Mit dem Schwinden der Schülerzahlen muss auch eine Reduzierung von Schulstandorten zwingend verbunden sein.

Im Prozess der Schulentwicklung dürfen Schulen und Schulträger nicht alleingelassen werden. Eine landesweite Planung ist erforderlich. Klare Vorgaben des Bildungsministeriums sind notwendig. Es muss Rahmenbedingungen festlegen, Zielgrößen benennen und deren Umsetzung strikt verfolgen.

CDU und FDP haben im Koalitionsvertrag vereinbart, Verantwortung für die angestrebte Weiterentwicklung der Schulen den Eltern, Schulen und Schulträgern zu übertragen. Damit geben sie die Möglichkeit aus der Hand, selbst ein effizientes Bildungssystem zu schaffen, das der katastrophalen Finanzlage des Landes gerecht wird.

Die von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Bildungsstandards für den Hauptschul- und mittleren Bildungsabschluss müssen auch in Schleswig-Holstein verstärkt als Steuerungsinstrumente für die Schul- und Unterrichtsentwicklung genutzt werden. Das ist Aufgabe des Bildungsministeriums.

Rückgang der Schülerzahlen zum Stellenabbau nutzen (Tz. 4)

Die Schülerzahl an den allgemein bildenden Schulen sinkt bis zum Schuljahr 2019/20 um ein Viertel. Die Demografiegewinne ab dem Schuljahr 2011/12 sollte die Landesregierung in voller Höhe für Einsparungen nutzen. So könnte sie 4.200 Stellen bzw. jährlich 261 Mio. € einsparen. Der Verbleib von 1.300 Stellen im System - wie noch im Bildungspaket vorgesehen - ist nicht erforderlich. Mit den 2009 und 2010 neu geschaffenen 1.113 Stellen wird die Unterrichtsversorgung so weit erhöht, dass die Stundentafeln vollständig erfüllt werden können.

Wer fordert, die sinkenden Schülerzahlen dazu zu nutzen, die Schüler-Lehrer-Relation zu verbessern und kleinere Klassen zu schaffen, verkennt: Die Schulen in Schleswig-Holstein haben schon die kleinsten Klassen in den „alten“ Bundesländern, vor allem die Realschulen und Gymnasien.

Schulsozialarbeit stärken (Tz. 7)

Schulen müssen sich vermehrt mit Erziehungsaufgaben beschäftigen. Dadurch gewinnt Schulsozialarbeit an Bedeutung; Lehrer können diese Aufgabe nicht allein meistern. Die Stellenausstattung der Schulen mit Schulsozialarbeitern ist jedoch mangelhaft. Der Stellenbedarf ist erheblich. Kontinuierlicher Ausbau und dessen Finanzierung sind gemeinsame Aufgaben von Land, Kommunen und Schulträgern.

Die Ausgaben sind paritätisch zu teilen. Sie können durch Einsparungen im Lehrerbereich finanziert werden.

Leistungsfähigkeit der Lehrer sichern (Tz. 9.1)

Gut ausgebildete und motivierte Lehrer sind die Basis des Bildungssystems. Die Lehrkräfte als „Hauptakteure“ im Bereich Schule dürfen nicht aus den Augen verloren werden. Eine Vernachlässigung ihrer Arbeitszufriedenheit und Leistungsfähigkeit wirkt sich unmittelbar auf die Wirtschaftlichkeit der Schulen aus.

Die derzeitige Besoldungsstruktur ist nicht mit der neuen Schulstruktur kompatibel und daher anzupassen. Auch die Arbeitszeit ist neu zu organisieren und muss zu mehr Transparenz, mehr Zeitgerechtigkeit und mehr Flexibilität vor Ort führen.

Die Lehrerausbildung muss inhaltlich und strukturell an die sich verändernde Schullandschaft angepasst werden. Die Universität Flensburg deckt ab 2012 nicht mehr den Bedarf für die Lehrämter an Schulen der Primar- und Sekundarstufe. Das gilt insbesondere für die „Mangelfächer“. An der Universität Kiel dagegen ist mittelfristig ein Absolventenüberhang für das Lehramt an Gymnasien zu erwarten.

Privatschulfinanzierung neu regeln (Tz. 9.2.3)

Die Finanzierung der Ersatzschulen ist neu zu regeln. Den Ersatzschulen sollten pauschalierte Zuschüsse nach Schülerkostensätzen gewährt werden. Deren Höhe ist auf der Basis einheitlicher Berechnungen am finanziellen Bedarf auszurichten. Sachliche Gründe für unterschiedliche Berechnungen der Schülerkostensätze bei Waldorfschulen, Schulen der dänischen Minderheit und übrigen Ersatzschulen gibt es nicht.